

Professor Dr. Dr. h. c. Ulrich Blum, Jahrgang 1953, ist Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.



Von 2004 bis 2011 war er Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. Von 1991 bis 2004 lehrte er an der Technischen Universität Dresden und war von 1992 bis 1994 ebenda Gründungsdekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät. Zu seinen Forschungsthemen gehören auch die Transformationsprobleme in den neuen Ländern und in Osteuropa. Seit 1988 schreibt er für MUT.

Den Euro um jeden Preis retten: *Athene*, Bleistiftzeichnung (2011; Format: 36 x 36 cm) von Ines Scheppach (geb. 1953); Atelier Scheppach, Böblingen (www.ines-scheppach.de)

ULRICH BLUM:

Wirtschafts- politische Führung

6

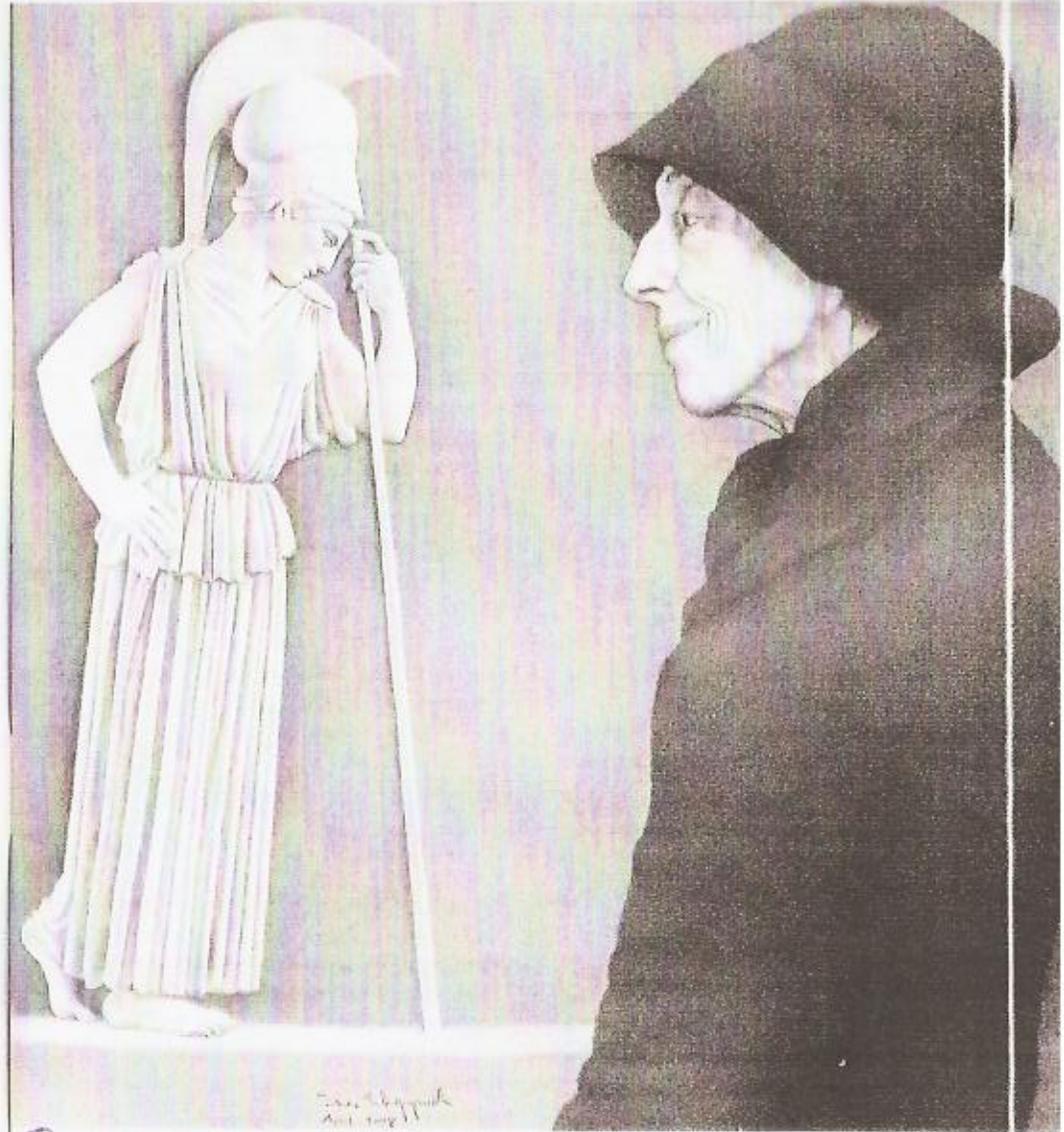
Was würde Ludwig Erhard heute Wirtschaftspolitikern raten?

Eigentlich mußte es so kommen: Das Ziel im Auge, den Euro mit allen Mitteln zu retten, organisierte EZB-Präsident Draghi ein „Hold-up“ des Bundesverfassungsgerichts. Denn sein Vorschlag, Staatsanleihen unbegrenzt aufzukaufen, war gekoppelt an die Einführung des Rettungsschirms des Europäischen Stabilisierungsmechanismus ESM: Man konnte dies durchaus als Erpressung des deutschen Verfassungsgerichts

sehen. Hätte das Bundesverfassungsgericht den ESM zur Gänze verworfen, dann wären auch die auf europäischer Ebene vereinbarten Auflagen zur Sanierung notleidender Staaten nichtig, dann hätte die EZB vermutlich anschließend ein Aufkaufprogramm von Staatsanleihen ohne Konditionen beschlossen, so, wie es die meisten Südländer heute schon wollen. Auf der Strecke blieben möglicherweise sowohl die Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichts gegenüber externem Druck als auch die Reputation der Europäischen Zentralbank, die bisher ein Kind der Deutschen Bundesbank war, inzwischen aber zu einer Tochter der *Banca d'Italia* mutierte. Und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erscheint inzwischen angesichts der mutwilligen Verstöße gegen die Europäischen Einigungsverträge vielen als sehr politisch. Es könnte aus Sicht der wirtschaftlichen Sicherheit, insbesondere der Geldwertstabilität, ebenso eine Wasserscheide darstellen wie in den 1990er Jahren seine Urteile zu den Einigungsverträgen, die zum Ausschließen der Eigentumsrechte führten. Es droht – und darauf wird später einzugehen sein – eine Schwächung des Wettbewerbs und der Selektionsaufgabe der Märkte, die marode Banken und schwache Unternehmen zu Lasten der Erfolgreichen rettet, die damit unter Druck geraten.

Frei nach Wilhelm Busch (oder Berthold Brecht) möchte man sagen: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.“ Allerdings ist die Verschnaufpause, die damit den Südländern gegeben wird, nur kurz. Wenn sie diese nicht nutzen, war die Sünde gegen Geist und Gesetz der Währungsunion umsonst. Und es bestehen massive Zweifel daran, daß die Politiker der Krisenländer in der Lage sein werden, trotz dieser „Druckentlastung“ gegenüber den Finanzmärkten den politischen Reformstau zu lösen. Erst im Frühjahr zog Italien seine Reformprojekte weitgehend zurück, als die

1



2

EZB durch Anleihenkäufe die Zinspeitsche entschärfte – inzwischen herrscht blanke Reformverweigerung. Wenn das aber nur eine Medizin auf Zeit ist, dann bleibt dennoch der Reputationsverlust, der langfristig wirkt. Denn es gilt auch: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht.“

Tatsächlich befinden wir uns im Zentrum einer Glaubwürdigkeitskrise der europä-

ischen Institutionen ebenso wie der nationalen Regierungen, und das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzmärkte, weil diese grundsätzlich die Handlungsfähigkeit der Institutionen in Frage stellen. Inwieweit auf diese schwierigen Bedingungen konstruktiv reagiert wird, bleibt derzeit völlig offen. Das liegt oft daran, daß das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, das gerade auf die kostensenkenden Wirkun-